

Annoncen-
Annahme-Büroaus
In Breslau außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmitz. 16.)
Bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14.
zu Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei T. Streissland,
in Breslau b. Emil Habach.

Annoncen-
Annahme-Büroaus
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. T. Danck & Co.
Haasenstein & Vogler,
Adolph Maes.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Breslauer Zeitung.

Einundachtzigster Jahrgang.

Mr. 170.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Breslau 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 40 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reichs an.

Freitag, 8. März
(Erscheint täglich dreimal.)

Preis: 20 Pf. bis 100 Pf. die jedesgepalierte Zeitungsseite oder deren Raum, Anzeigen bis 100 Pf. sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr am Mittag angenommen.

1878

Amtliches.

Berlin, 7. März. Der König hat dem Kreisgerichts-Sekr. Kanzlei-Direktor Hartung in Schneidemühl den Charakter als Kammerleutnant verliehen.

Der Lehrer Adolph Ernst zu Halberstadt ist zum Gewerbeschul-lehrer ernannt und an der k. Gewerbeschule zu Halberstadt angestellt worden.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 7. März. Die Nachricht von der Aussicht auf eine Konferenz in Berlin über die orientalische Frage hat in der öffentlichen Meinung großen Eindruck gemacht. Man steht in dem an die deutsche Regierung herantrtenden Wunsche der Großmächte mit Recht ein Zeichen des großen Vertrauens, welches die deutsche Politik, namentlich nach der letzten Aussprache des Reichskanzlers überall erweckt hat. Die Geschäftswelt ihrerseits erblickt in der Verlegung der Konferenz nach Berlin eine größere Sicherheit für die friedliche Lösung der orientalischen Frage. — Die Nachricht, daß der Minister Camphausen sein Abschiedsgesuch erneuert habe, ist trüblisch, ebenso wie die Gerüchte über Verhandlungen mit einem oder dem anderen der jetzt hier weilenden Oberpräsidenten, deren Anwesenheit mit der Ministerfrage in keinem Zusammenhang steht.

— Die „Volksitzg.“ bringt folgende Meldung, deren Vertretung ihr überlassen bleiben muß: „Wie wir hören, fühlt sich Fürst Bismarck so leidend, daß er nach Annahme des Stellvertretungsgesetzes für längere Zeit auf Urlaub nach Baringen gehen wird. Daß der Reichskanzler in hohem Grade leidend ist, konnte man aus der nervösen Abspannung während seiner gestrigen Rede (am Dienstag) ersehen. Demselben Blatte wird „aus parlamentarischen Kreisen“ geschrieben:

Der Reichskanzler hat sich in den letzten Tagen mehrfach privat davor gefürchtet, daß vor allen Dingen im Reiche selbständige Einnahmen gestoppt werden müßten und er einem andern Modus der Tabaksteuerung, als durch Einführung des Monopols durchaus nicht abgeneigt sei. In parlamentarischen Kreisen meint man, daß, falls die nationalliberale Partei auf diesem Wege dem Reiche Einnahmen verschafft, Fürst Bismarck der Partei keine Konzession machen und alsdann der Eintritt zweier nationalliberalen Führer in die Regierung bevorstehen würde. Bis dahin ist die Ministerfrist verlängert, und verbleibt bis zu diesem Termine der Finanzminister Camphausen, mit dem übrigens der Kaiser beim gestrigen Höftball (am 5. O.) sich lange und sehr lebhaft unterhielt, jedenfalls im Amt. Die deutsche Reichspartei gedenkt ihren Antrag, den Reichskanzler aufzufordern, eine neue Tabaksteuervorlage noch im Laufe dieser Session dem Reichstage zu machen, binnen Kurzem im Plenum einzubringen. Der Antrag soll der Budget-Kommission überwiesen werden, welche, wie es heißt, sich zu einer Resolution vereinigen wird, die Regierung zu erläutern, eine Vorlage, betreffend die Besteuerung des Tabaks nach dem System der amerikanischen Fabrikatsteuer ausarbeiten zu lassen; der Vorsitzende der Budget-Kommission, Herr von Bennigsen, ist bekanntlich ein Fürsprecher dieser Art der Tabaksteuer.

— Die Stellvertretungsvorlage wird, wie bekannt, in der Freitagsitzung des Reichstages zur zweiten Lesung gelangen. Außer dem bereits mitgeteilten Abänderungsantrage des Abgeordneten Befeler liegt auch einer der elfsässischen Autonomisten vor, welche darauf dringen, daß der Stellvertreter des Reichskanzlers in der Verwaltung der Reichslande in Straßburg seinen Wohnsitz haben soll. Ferner wünscht Herr von Bühl-Oehringen (deutsche Reichspartei) die Einführung eines § 3: „Kein Reichsbeamter und kein Stellvertreter eines solchen ist befugt, neben dem Reichsamt gleichzeitig ein Staatsamt in einem Bundesstaate zu bekleiden, sofern nicht das betreffende Reichsamt selbst als ein Nebenamt zu betrachten ist.“ Diesenigen Parteien, welche überhaupt gegen die Stellvertretungsvorlage sind, dürften sich mit weiteren Abänderungsvorschlägen kaum abgeben, sich vielmehr darauf beschränken, ihrerseits die Vorlage paragrafweise abzulehnen. Indessen wird es als feststehend bezeichnet, daß der Widerspruch dagegen in der Minderheit liegen und das Gesetz im Großen und Ganzen fast unverändert angenommen werden wird. Ist man so weit, so wird dem Reichstag wahrscheinlich ohne Verzug die vom Reichskanzler angekündigte Vorlage wegen Errichtung eines Reichsschatzamtes zugehen. — Nach der Dienstags Debatte über die Stellvertretungsvorlage und speziell nach den Ausführungen des Fürsten Bismarck selbst dürfte die Erinnerung an der Stelle sein, daß die Bathen des Reichskanzlers, welche die kaiserliche Verordnung seiner Ernennung gegengezeichnet haben, die Herren von Muehler und Graf zur Lippe waren. Das Präzedenz wäre also gegeben, wonach die Gegenezeichnung eines preußischen Ministers zur Ernennung des deutschen Reichskanzlers genügt.

— Die „Germ.“ begleitet den Abdruck des Bescheids, welchen das auswärtige Amt, wie mitgetheilt, auf das Gesuch der biesigen jüdischen Gemeinde bezüglich der Juden in Rumänien gegeben hat, mit folgender Anmerkung:

Der Reichskanzler wird hoffentlich auch „gern jede geeignete Gelegenheit benutzen“, um seine Theilnahme für die Erfüllung der Wünsch zu bekräftigen, welche die gesamte zivilierte Welt bezüglich der Verbesserung der Lage der unter der russischen Krone seufzenden Polen hegt. Das Hinschlachten der in der Türkei aufgegriffenen Polen, welche sogar im Besitz österreichischer Bäume waren, läßt befürchten, in welcher Weise sich die „zivilisatorischen“ Bestrebungen der russischen Regierung in Polen bekräftigen werden. Die Juden in Rumänien haben noch niemals das gewußt, was das genannte gefleckte Volk von Russland so vielfach erlitten.

Wir wünschen den Polen in Russland aufrichtig eine milde und gerechte Behandlung, indessen möchten wir doch die Reichsregierung gegen das Bestreben, sie als parteiisch darzustellen, einigermaßen in Schutz nehmen, indem wir darauf hinweisen, daß zwischen den Polen in Russland und den Juden in Rumänien der große Unterschied besteht, daß die Juden weder Konspirationen noch Revolutionen in Rumänien veranstaltet haben und deßhalb auch dieser Grund zu harren Ausnahmemaßregeln wegfällt.

— Die bekannten Vorgänge, welche in letzter Zeit von den Sozialdemokraten in Berlin in Szene gesetzt wurden, sowie mehrere Auslassungen des leitenden sozialdemokratischen Organs „Berl. Fr. Pr.“ geben dem „Tgl.“ Veranlassung, auf die Geschehnisse hinzuweisen, welche der Gesellschaft von der Sozialdemokratie namentlich auch in Bezug auf das Eigenthum drohen. Das Blatt schreibt:

Wenn wir die Vorgänge überdenken, welche in der letzten Zeit in Berlin gespielt, wenn wir die Verbindungen ermüden, welche die Sozialdemokraten mit ungehobelten religiösen Massen geschlossen haben, und wie sie selbst das Welt seinem edlen und bestigen Werke zu entfremden versuchen, so wird Niemand über den Werth des fraglichen Nutzens, den die Partei haben könnte, sich noch irgendwelche Illusionen machen können. Und wenn wir die nachstehenden Stellen, welche das biesige leitende Organ der Partei in den letzten Tagen veröffentlicht hat, zum Abdruck bringen, so wird Niemand mehr annehmen können, daß wir vor einem wissenschaftlichen Axiom stehben, welches aufrichtig die Verbesserung der gesellschaftlichen Zustände anstrebt, sondern daß wir tatsächlich den Versuch vor uns haben, den Diebstahl als gesetzliche Einrichtung zu etablieren. Ein Mann hatte ein paar Stiefel geklaut, wurde vom Publikum festgenommen, aber laufen gelassen. Das gedachte Blatt bemerkt dazu: „Man sieht, daß im Volle sich immer mehr die Ansicht Bahn bricht, daß ein großer Teil der Gesinnungsbewohner auf Konto unserer heutigen herrlichen Gesellschaftsordnung zu setzen ist, und daß deshalb der Einzelne nicht immer als der eigentliche Urheber des Verbrechens zu betrachten ist.“

Ein reicher Fabrikant starb dieser Tage in Berlin und hinterließ seinem Arbeitspersonal sehr großzügige Legate. Nachdem das Blatt auch diese noch bemerkelt hat, knüpft es daran folgende Ausführungen: „Wiewohl durch solche Privatwohltätigkeit am sozialen Elend im Allgemeinen nichts gebessert wird, so möchten wir dies Beispiel doch allen Fabrikanten, die durch den Arbeitersatz reich geworden sind, zur Nachahmung empfehlen, damit sie wenigstens nach ihrem Tode urlich geben, was sie bei Lebzeiten nur vermögen des „historischen“ Rechtes und der ökonomischen „Lösung“ sich unrechtmäßiger Weise angeignet haben.“ Die Krone aber hat ihm ein Bericht über einen Einbruch in der St. Lukaskirche auf, der folgenden Schluss hat: „Uns wäre es unbedingt das Leid, wenn in einer Nacht alle Kirchen mit sämtlichem Zubehör gestohlen würden. Die Menschheit hätte davon keinen Schaden!“ Sind dies nicht die Auswirkungen der Zeit, welche die energetische Anstrengung der Kulturgesellschaft herausfordern, weiteres Neuerwerben zu verhindern?

Die Christlich-Sozialen wollen bekanntlich die Sozialdemokraten bekämpfen. Da ist es denn sehr bezeichnend, daß ihr Organ, „der Staatssozialist“ in seiner Nummer vom 2. März in einem Aufsatz „Über die Begründung eines künftigen christlichen und Bekämpfung des herrschenden römischen Eigentumsrechts“ im Namen des Christenthums eine Eigentumstheorie aufstellt, die den sozialdemokratischen Forderungen wie ein Ei dem andern gleicht. Es heißt in diesem Artikel:

„Werde der Einzelne von seinem Besitzerrechtsrecht des Grund und Bodens über denjenigen Bedarf hinaus Gebrauch machen, welcher für die Entfaltung seiner selbstgelebten Betätigung behufs Güterlangung und Erzeugung für seine und seiner Familie persönliche Existenz erforderlich ist, so würde er dadurch unchristlich handeln und das Prinzip der Nächstenliebe und Gleichberechtigung verleihen. Denn er würde dadurch seine Mitmenschen an der gleichen Geltendmachung des Besitzerrechtsrechtes von Grund und Boden behindern, indem er ein anderes, höheres und weiteres Recht als dieses doch unmöglich beanspruchen kann. Das sachliche christliche Eigentumsrecht an Grund und Boden schließt also eine persönliche Besitzerrechtsrechte desselben über den Bedarf des zur eigenen Betätigung behufs Güteranlegung und Erzeugung für die eigene und der Familie Existenz Erforderlichen und Verwendbaren unbedingt aus, und nur Derselbe kann sich als ein Bekennner der christlichen Lehre und christlichen Nächstenliebe bezeichnen, der diesen Satz ganz und rückhaltslos anerkennt.“

Angesichts solcher Behauptungen ist die Auslassung eines Geistlichen bemerkenswert, welcher unter der Ueberschrift: „Helfersheller der Sozialdemokratie“ in der „Post“ dem Artikelsschreiber des „Staatssozialisten“ Folgendes erwiedert:

„Wir müssen doch dringend ratzen, mit dergleichen Behauptungen: nur Derselbe könne ein Christ sein. Der den Anschaugen des Staatssozialisten vom Eigentumsrecht zustimmt, etwas vorsichtiger umzugehen. Nach den hier ausgesprochenen Grundsätzen würde also ein Großgrundbesitz mit dem Christenthum nicht vereinbar sein; nur schade, daß nicht auch gleichzeitig dasjenige Maß von Grundbesitz angegeben wird, welches ein Einzelner besitzen darf. Jedenfalls dürften derartige Grundsätze über das Eigentumsrecht, wie sie hier entwickelt werden, dazu dienen, manchen gedanktlosen Bewunderern, welche die „christlichen Sozialisten“ hier und da gefunden haben, die Augen zu öffnen und ihnen zu zeigen, daß eine Bekämpfung der Sozialdemokratie, die davon ausgeht, ihre grundsätzlich den Forderungen anzuerkennen, unmöglich ist. Aufs Entchiedenste aber müssen wir dagegen Vernunft einlegen, daß derartige alle rechtlichen und historischen Grundlagen des Eigentums in Frage stellenden Lebren mit dem Anspruch auftreten, dem allein wahren christlichen Standpunkt zu entsprechen.“

Strasburg, 5. März. Das Verbot der Gründung eines ultramontanen Parteiblattes gab bekanntlich unlängst im Reichstage Veranlassung zu einer Interpellation. Bezüglich der gegen diese Gründung seitens der Regierung ergriffenen Maßregel durften folgende Mittheilungen, welche die „Nat. Ztg.“ erhält, theilweise zur Aufklärung dienen:

Die klerikalen Parteiführer waren ursprünglich mit einem kirchenfreien, aber — wenigstens äußerlich — deutschfreundlichen Katholiken zu Strasburg in Verbindung getreten, um denselben als Strohredakteur für das zu gründende Blatt zu gewinnen. Die Verhandlungen

hierüber gerschlagen sich aber wieder, worauf Herr Pfarrer Winterer vermocht wurde, als Gerant aufzutreten, während man einen französischen Geistlichen zu Manzige befußt der Abfassung der politischen Wochenübersicht in bestimmte Ausföhrung nahm. In welchem Sinne und Geist diese politische Übersicht geschrieben worden wäre, dürfte jedem einleuchten. Selbst ein Theil des Klerus ist — wahrscheinlich aus Angst vor Denunziation — mit der Gründung des ultramontanen Blattes nicht einverstanden, was aus mündlichen und schriftlichen Ausserungen derselben hervorgeht. Auch der Bischof soll dazin geklärt haben, daß er unter den gegebenen Umständen von dem betreffenden Blatt wenig Gutes für die Kirche und noch weniger für das katholische Volk als solches erhoffen könne, da dasselbe nur Aufregung hervorrufen und dadurch die Regierung zu immer strengerer Maßregeln veranlassen würde.

Rom, 1. März. Die berliner „Germania“ bringt unter dem Titel: „Rom und der Kulturkampf“, folgende Korrespondenz, welche theils durch die Dementis, die sie gibt, theils durch den Ton, den sie anschlägt, beachtet zu werden verdient. Das Blatt schreibt:

„Schon seit längerer Zeit treibt in den Spalten der „Kölner Zeitung“ ein biesiger Korrespondent derselben sein Unwesen, sich den Anschein gehend, als sei er ganz besonders gut unterrichtet; selbst der „National-Zeitung“ schien seine Berichte unglaublich zu sein, was derselbe, wie ich sehe, in der Nummer der „Kölner“ vom 25. Februar einen scharfen Beweis zugezogen hat. Und doch enthält eben diese Nummer abermals eine Korrespondenz aus Rom vom 23. v. M., welche zwar an sich schon den Stempel der Unwahrheit an der Stirne trägt, dennoch aber mit solcher Sicherheit an die Welt tritt, daß ich aus meinen bisherigen Stillschweigen heraustrete, um jenem Korrespondenten das entzündete Dementi entgegenzuwiesen. So lange es demselben gefiel, sich damit zu brüsten, daß er durch Vermittelung eines Kardinals Eintritt in den vatikan kurz vor der Schließung des Konklave gefunden, daß er einem der Trauergottesdienste in der Sixtinischen Kapelle beigewohnt und Diesen dort gesehen habe, konnte man ihm allenfalls noch glauben und höchstens über sein Wichtigbum lächeln, wenn er aber jetzt beginnt, in den läufigen Weiße Nachrichten zu verbreiten, die mit dem „Kulturkampf“ in Verbindung stehen und deshalb in Deutschland auf besondere Aufmerksamkeit rechnen können, so ist es an der Zeit, ihm das Handwerk zu legen. Die Korrespondenz, um die es sich handelt, hat folgenden Wortlaut:

„Rom, 23. Februar. Ich habe gute Ausichten über die Beilegung des kirchenpolitischen Zwistes mit Deutschland. Verschiedene Mitglieder des Kollegs haben ein gutes Wort bei dem neuen Papst eingelegt, damit die das Gemissen der deutschen Katholiken bedrängende Spaltung baldigst geschlossen werde. Dabei haben sie sich natürlich nicht verkehrt, daß die Kurie den ersten Schritt thun müsse. Ein solcher wäre eine Anweisung an die deutschen Bischöfe, den Pfarrern zu erlauben, der Regierung die gelegte Anzeige ihrer Bestellung zu machen. Leo's Antworten auf solche verschiedene Mal und von verschiedenen Kardinälen gemachten Vorstellungen lauteten zustimmend. Ich erfuhr, daß eine Kommission von drei italienischen Kardinälen beauftragt worden ist, die Prüfung und ein Gutachten über die deutsche Kirchenfrage aufzufstellen. Die Wahl der Persönlichkeiten verlor Gutes. Sie sind die Luca, Nina und Franci, alle bekanntlich Vertrauensmänner der gemäßigten Fraktionen. Jedenfalls scheint der unheilvolle Einfluß des Streitlers Ledochowski ausgeschlossen. Das Mifvergängliche der extremen Partei ist bereits offenkundig. Die Kompromissesse von hier ist zudem durch die Entzündung der früher ertheilten Subvention aufgebracht, wagt aber nicht, laut zu machen, und rächt sich durch Veröffentlichung von Dokumenten Beccis aus den Annexionsjahren u. s. w.“

So viel Zeilen, so viel Lügen. Ich habe mir die Mühe genommen, jeden der oben genannten Kardinäle einzeln zu besuchen, war auch in der Lage, eine einflußreiche Persönlichkeit im Staatssekretariate zu sprechen, und kann sonach auf das Bestimmteste versichern, daß der gesammte Inhalt obiger Korrespondenz lediglich unwahr und erfunden ist. In den wenigen Tagen nach Erwähnung des neuen Papstes ist es um so weniger möglich, derartige Fragen zu behandeln, als der neue Staatssekretär noch nicht einmal im Amt ist, und noch viel weniger neue Kongregationen haben gebildet werden können zur Beilegung so wichtiger Fragen. Das letztere dürfte auch überhaupt gar nicht notwendig sein, da die Fragen, um die es sich handelt, nicht erst geprüft zu werden brauchen, vielmehr eingehend geprüft sind.

Die Angelegenheit gewinnt indessen eine größere Bedeutung, wenn die Worte der „Provinzial-Korrespondenz“ authentisch sind, welche die biesigen Zeitungen gestern Abend in Form eines Berliner Telegramms also wiedergeben:

„Berlin, 27. Februar. Bisognerà vedere, se hanno ragione coloro che lodano le disposizioni concilianti del nuovo Papa: però nessun cambiamento si è finora manifestato nell' attitudine del partito del centro, il quale continua la discussione parlamentare nell' antica maniera.“ Berlin, 27. Februar. Man muß abwarten, ob diejenigen Rechte beibehalten, welche die verhältnisliche Stimmung des neuen Papstes loben: bis jetzt hat sich jedoch in der Haltung der Zentrumstraktion, welche die parlamentarische Diskussion in der früheren Weise forstet, noch keine Änderung gezeigt.“

Kaum ist es mir möglich, zu glauben, daß das offiziöse Blatt sich in dieser über alle Begriffe verständigen Weise sollte geführt haben. Ist es dennoch der Fall, so erkenne ich hierin ein Zeichen, daß wir entweder noch sehr weit von einer Verständigung entfernt sind, oder daß man in Berlin bestrebt ist, die öffentliche Meinung absichtlich irre zu leiten und die einfachsten Begriffe völlig auf den Kopf zu stellen. Glaubt man in Berlin, der h. Vater habe in den ersten Tagen nichts Eiligeres zu thun, als sich in die inneren politischen Angelegenheiten auswärtiger Staaten einzumischen, oder vermutet man, er habe sogleich an Herrn Windthorst telegraphiert, das Zentrum solle für die Tabaksteuer stimmen? Eine andere wichtige Verhandlung liegt doch augenblicklich nicht vor! Der h. Vater hat kirchlich einige Mitglieder des Zentrums, die zu den Leichenfeierlichkeiten Bischof LX. hierher gekommen waren, mit anderen Personen empfangen, bat ihnen aber kein Sterbenswortchen weder von religiösen, noch von politischen Angelegenheiten gesprochen, da er eben mit ihnen als Mitgliedern einer politischen Körperschaft nichts zu thun hat.

Halten Sie dies für sicher: der h. Stuhl wird jederzeit die Hand zum Frieden bieten, soweit die kirchlichen Grundlagen es gestatten, sobald ihm hierzu seitens der preußischen Regierung die Möglichkeit eröffnet wird. Das kann aber nur geschehen durch die Vermittlung eines Beauftragten derselben, der berechtigt ist, in ihrem Namen zu sprechen. Sollte aber der h. Stuhl jemals aus freier Initiative eine

Weisung an die Katholiken Deutschlands zu geben haben, so seien Sie ebenso überzeugt, daß dies niemals geschehen wird durch die Vermittlung des Zentrums — das offiziell für den h. Stuhl gar nicht existiert, sondern entweder durch die Bischöfe oder durch ein öffentliches Dokument, sei es nur eine Bulle, ein Dekret oder irgend eine andere authentische Mittheilung. So lange seitens der Regierung selbst der Weg nach Rom nicht gefunden ist, finde ich, menschlich gesprochen, keine Möglichkeit eines Ausgleichs, und alle Mittheilungen, welche die "liberalen" Blätter über interne Angelegenheiten bringen, legen Sie mit ruhigem Gewissen ad acta — es sind Fabeln."

Nom, 2. März. Der heutige Osservatore Romano, bekanntlich das offizielle Blatt des Vatikans, bringt den Text der Rete, welche Leo XII. an die Abgesandten der katholischen Universitäten Frankreichs gehalten hat. Wenn irgend etwas geeignet ist, die Denkschrift des neuen Pontifex ins hellste Licht zu stellen, so ist es diese erste Rete des neuen Papstes, welche sich ganz so liest, wie jene oratorischen Meisterwerke, welche die Jesuiten für Pius IX. zu komponiren pflegten. Das vom Osservatore publizierte Aktenstück macht es sonnenklar, daß der Vatikan auch in Zukunft das Zentralbüro der katholischen Welt-Liga, des modernen Kreuzuges sein wird. Schon jetzt, in den ersten Tagen des neuen Pontifikates, wird dem französischen Verlangen nach Gloire der Weg nach Rom vorgezeichnet. Der römische Korrespondent der "Neuen freien Presse" giebt in Folgendem möglichst genau den Text der Rete:

Die von euch repräsentirten katholischen Universitäten sind für die Kirche ein Trost und eine Hoffnung. Wie wäre es möglich, nicht die Großmuth der französischen Katholiken zu bewundern, welche es verstanden haben, in so kurzer Zeit so wunderbare Werke zu schaffen? ... In dieser Weise bleibt Frankreich, trotz seiner Unglücksfälle, stets würdig seiner selbst und zeigt, daß es seinen Beruf nicht vergessen hat. Niemand ist besser in der Lage, als der Statthalter Christi, die Schmerzen Frankreichs mitzufühlen, denn in ihm hat der heilige Stuhl von jeher eine seiner kräftigsten Stützen gefunden. Heute hat es einen Theil seiner Macht verloren; geschwächt durch den Zwiespalt der Parteien, ist es verhindert, seinen edlen Instinkten freien Lauf zu lassen. Und doch, was hat dieses Frankreich nicht für den heiligen Stuhl gethan, auch nach seinen Unglücksfällen? Es hatte ihm bereits die Sorghölle seiner ausgezeichneten Familien gegeben, denn die kleine Armee des Papstes bestand zum großen Theile aus den Söhnen Frankreichs, und von dem Augenblick an, wo diese nicht mehr der Sache des Papstthums mit dem Schwerte zu dienen vermochten, hat Frankreich seine Unabhängigkeit an den heiligen Stuhl auf tausend andere Arten gezeigt: seine Gaben bilden stets einen beachtenswerten Theil des Peterspfennigs. Solche Großmuth kann nicht ohne Lohn bleiben. Gott wird eine Nation segnen, die so edler Opfer fähig ist, und die Geschichte wird noch schöne Seiten verzeichnen über die gesta Dei per Francos.

Ein Pfand dieser glücklichen Zukunft finden wir in den Universitäten, welche ihr in diesem Augenblicke vor mir repräsentirt. Durch sie werden jene gefundenen Doctrinen, welche die ersten Elemente des sozialen Wohlergehens sind, sich in den Intelligenzen verbreiten. Von den Bischöfen gewählt, die Reinheit des Glaubens mit der Tiefe der Wissenschaft vereinigend, werden ihre Professoren Generationen von Christen heranbildung, die fähig sein werden, ihren Glauben zu verbreiten und ihm Ehre zu machen. Die Familien werden nicht lange zögern, die Überlegenheit dieses Unterrichtes einzusehen, und die katholischen Universitäten, obwohl ganz und gar vom Almosen der Gläubigen abhängig, werden siegreich die Konkurrenz anderer Anstalten besiegen, welche nicht nur viel größere materielle Mittel, sondern auch die Protektion der Regierung für sich haben. Das ist es, was ich persönlich in Belgien beobachtet habe, als ich dort den heiligen Stuhl als Nunius vertrat. Die Universität von Löwen hatte allein mehr Schüler als alle anderen Universitäten zusammen. Derselbe Erfolg ist den katholischen Universitäten Frankreichs vorbehalten. Ich wünsche ihnen denselben, und um ihn zu sichern, erbitte ich in der Fülle meiner Gewalten vom allmächtigen Gott die reichlichsten Segnungen für ihre Tätigkeit. (Folgt der päpstliche Segen.)

Nom, 3. März. Zur Erklärung der noch in letzter Stunde ergangenen Befehle, daß die Eröffnungs-Ceremonie Leo's XII. nicht im Innern eines Vatikans stattgefunden habe, erschlägt der "Fanfulla" folgende Einzelheiten:

Am 1. März wurde dem Vatikan durch den Borgo-Inspektor zu wissen gegeben, daß die Qualität-Sektion für die geplante Funktion am Sonntag nicht mit den gewöhnlichen Mitteln für die Aufrechterhaltung der Ordnung hörigen könne und daß die Regierung, der keine offizielle Mittheilung über die Stuhlfestigung des Papstes gemacht worden, nicht gewillt sei, außergewöhnliche Mittel zur Verfügung des Vatikans zu stellen. Ferner gab der Borgo-Inspektor zu bedenken, daß während der Ceremonie wahrscheinlich von den fanatischen Katholiken provokante Demonstrationen stattfinden würden und daß die Regierung nicht beabsichtige, die Verantwortlichkeit für eine eventuelle Unordnung zu übernehmen. Der Papst ließ angefangen dieser Mittheilung und in der Bejogniss vor wahrscheinlichen Demonstrationen mehrere Kardinäle rufen und holte ihr diesbezügliches Parere ein. Der vorherrschende Gedanke bei dieser Beratung war, im gegebenen Falle Mäßigung einzuhalten, und deshalb befahl der heilige Vater, daß die Funktion in der Sixtinischen Kapelle stattzufinden habe. Man verhielt, daß auf Leo XIII. tiefen Eindruck gemacht habe die Haltung des Ministeriums bei diesem Anlaß und der auffällige Umstand, daß in der offiziellen Zeitung noch nicht die Ernennung des neuen Papstes veröffentlicht wurde. Noch mehr soll aber der Papst beunruhigt sein durch die Situation, die durch das Ministerium geschaffen sei, das ihn in die Unmöglichkeit versetzen würde, gewisse rituelle Feierlichkeiten zu erfüllen, auf die sein Vorgänger verzichtet zu können glaubte, die aber Leo XIII., der noch nicht die Autorität und das Prestige Pius IX. hat, als Haupt der katholischen Welt durchgeführt wissen möchte.

Warschan, 5. März. Fürst Vladimir Tscherkaski, dessen Name vor anderthalb Decennien Angst und Schrecken in ganz Polen verbreitete, ist, nach einer Meldung aus dem russischen Hauptquartier, plötzlich gestorben. Es würde schwer sein, die politische Richtung des Fürsten Tscherkaski genau zu definieren. Die Grundlage seiner Erziehung war eine streng aristokratische; auf der moskauer Universität begann sich der Fürst demokratischen Tendenzen zuzuneigen, die im Verlaufe der Jahre vom Nihilismus angekränkt wurden und sich in gemeinschädlichen Handlungen offenbarten. Tscherkaski's Thätigkeit in Polen war eine geradezu verheerende und eigenthumsgefährliche. Mit anderen Stockrussen, wie Milutin, Koschew, Mengden u. s. w. befand er sich in jenem Organisations-Komite, welches die vom Kaiser Alexander als Gegenmaßnahme zu dem Aufstandsversuche des polnischen Adels erlassene Bauern-Emanzipation durchführen sollte. Der Fürst sah seine Aufgabe so auf, daß er die Bauern auf Kosten der Großgrundbesitzer bereichern wollte, indem er ihnen Wälder, Wiesen und selbst solche Meierhöfe und Gehöfte schenkte, welche sie nur gepachtet hatten. Er proklamirte den reinen Kommunismus und führte eine so bedrohliche Verwirrung in den Besitzverhältnissen des Königreiches Polen herbei, daß er schließlich in Ungnade bei Hofe fiel und nach Moskau zurückkehren mußte. Tscherkaski wurde hierauf Maire von Moskau und soll in dieser neuen Eigenschaft viele nützliche Reformen ins Leben gerufen haben. Zu Beginn der neuesten orientalischen Verwaltung wurde er vom Großfürsten Nikolaus zum Gouverneur von Bulgarien aussersehen; der Kaiser willigte ein, weil er in den Amts-

eifer und die Tüchtigkeit Tscherkaski's großes Vertrauen hatte. Der Tod Tscherkaski's bewahrt Bulgarien und insbesondere die besiegende muslimmärsche Bevölkerung vor schweren Prüfungen, denn es erscheint nach den polnischen Antezedenzen des Fürsten gewiß, daß er die Eigentumsverhältnisse willkürlich umgestoßen hätte. Nebrigens zeigte schon die Ernennung Tscherkaski's zum Gouverneur und Administrator Bulgariens, daß die Russen aus diesem Lande eine russische Provinz zu machen beabsichtigten; Tscherkaski war ein Stockruss, ein Feind des Pan Slavismus und ein Vertheidiger des Pan Russismus. Die Beamten, welche er sich zur Hülfseistung erwählte, waren ebenfalls Stockrussen und zu Dreiviertel Offiziere, so daß eine stramme militärische Administration sich herausgebildet hätte, gegen deren Alte weder Vorstellungen noch Proteste genügt haben würden. Fürst Tscherkaski wurde im Jahre 1821 geboren und entstammt einer altadeligen reichen Familie. Er besuchte die moskauer Universität, wo er hauptsächlich juridische Studien trieb und mit den heutigen Führern der pan slavistischen und pan russischen Partei in intime Verbindung trat. Tscherkaski war, das muß man ihm lassen, ein uneigennütziger Beamter, der für seine dem Staate geleisteten Dienste niemals auch nur einen Rubel beanspruchte. Er hielt es für die Lebensaufgabe des hohen Adels, seine Dienste dem Vaterlande ohne Entlohnung zu weihen. Deshalb verachtete und verfolgte er auch den kleinen Adel, der sich zu den fetten Beamtenstellen drängte, aufs Neuerste. Die eigenartigen radikalen und doch dabei aristokratischen Anschaungen und seine Verwaltungspraxis in Polen hatten ihm den Beinamen "der rote Fürst" eingebracht. (Voss. Blg.)

Moskau, 3. März. Die pan slavistischen Organisationen wagen sich bereits wieder an eine leise Kritik der Regierungspolitik, speziell der Behandlung Rumäniens und Serbiens. Katkov's "Moskauer Zeitung" schreibt:

"Es läßt sich nicht in Abrede stellen, daß sich in Rumäniens eine Mischung gegen uns zeigt, die zu vermindern sicherlich nicht schwer gewesen wäre. Die Rumänen scheinen durchaus nicht das Stückchen von Bessarabien, das durch den Traktat von 1856 der Türkei abgetreten wurde, aufzugeben zu wollen; wie es jetzt aus dem Memorandum des Grafen Schubert bekannt geworden ist, hatte Russland bereits im vergangenen Sommer bei Aufstellung des Programms für einen zukünftigen Friedensschluß die Rückeroberung dieses seines früheren Gebiets im Auge und benachrichtigte hieron sowohl England als die übrigen Mächte. Indessen hat die rumänische Regierung offenbar von dieser Absicht sehr spät erfahren, während es das Einfaßt gewesen wäre, sie mit ihr über diesen Gegenstand auszutauschen. Eine andere Ungeschicklichkeit, die die Eigenliebe unserer Bundesgenossen beeinträchtigt hat, ist die, daß die Friedensverhandlungen ohne ihre Teilnahme geführt sind. Wenn ihr Fernbleiben eine Konfession an die Porte war, der es unangenehm sein konnte, mit ihren höheren Vasallen Verhandlungen zu führen, so war diese Konfession überflüssig und konnte wohl kaum die Porte mit den wesentlichen Verlusten, auf die sie eingehen muß, aussöhnen. Die Anwesenheit eines rumänischen, eines serbischen und eines montenegrinischen Agenten bei den Friedensverhandlungen konnte keinen großen Einfluß auf das Resultat üben, würde aber unseren Bundesgenossen die Möglichkeit geboten haben, ihre Wünsche auszusprechen, und würde ihr nationales Gefühl befriedigt haben. ... Im Orient haben wir über allen Einseitigkeiten zu stehen. Unsere Hauptkraft ist dort die in Wahrheit heilige Sache des orientalischen Christentums. Alle anderen Interessen müssen ihr untergeordnet werden. Uns liegt es oh, zu versöhnen, nicht aber die verschiedenartigen Elemente der christlichen Welt im Orient zu bringen und durchaus nicht dort nur als Partei zu erscheinen. Wir müssen gleich gerecht den Bulgaren und Griechen, den Rumänen und Serben sein und nicht unser Interesse von dem, ihm allen gemeinsamen Interesse trennen. Alle diese Völker gehören mit uns zu einem großen System und keinerlei Ränke werden sie uns abwendig machen, wenn wir selbst nicht sie uns abwendig machen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 7. März.

= Ober-Postrat Schulz, welcher ca. 8 Jahre der hiesigen Ober-Post-Direktion angehörte, ist dem Vernehmen nach vom 1. k. M. ab nach Liegnitz versetzt.

= Das der polnischen Provinzial-Versammlung zu Händen des Kardinals Ledochowski an den Papst abgesendete Telegramm lautet in deutscher Uebersetzung:

Aufrechte Polen und anhängliche Söhne der Kirche, aus allen Gegenden Großpolens auf einer polnisch-katholischen Versammlung in Bojen zusammengekommen, bitten Eure Eminenzen, als den Primas von Polen, daß er die Kirche und unser Vaterland dem Schutz Seiner Heiligkeit empfehlen und Dolmetscher der Gesäßle der Liebe, der Unabhängigkeit und der Treue, von welchen wir für den heiligen Stuhl und den heiligen Vater besezt sind, sein möge.

r. An der städtischen Realschule fand gestern die mündliche Abiturientenprüfung statt. Von zwei Abiturienten, welche sich gemeldet hatten, war einer nach der schriftlichen Prüfung zurückgetreten; der andere bestand die mündliche Prüfung.

= Briefessenz für S. M. S. "Hertha" sind von heute ab bis auf Weiteres nach Piräus (Griechenland) zu dirigiren.

□ Bus, 5. März. [Die Subbastrationen] in unserem Kreise nehmen in erheblicher Weise zu. Die den Heinrich Jaeger'schen Choleuten gehörigen Grundstücke in Bialowko Number 41, welche mit einem Flächen-Inhalte von 24 Hektaren 36 Acre der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrag von 7,000 Thaler und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswert von dreizehn Thalern veranlagt ist, und Buszlowo Nr. 3, welches mit einem Flächeninhalt von 4 Hektaren 96 Acre der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrag von 2,10 Thalern und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswert von 26 Thalern veranlagt ist, sollen am 16. April d. J. Vormittags 11 Uhr im Gerichts-Loftale zu Neutomischel subbstift werden. Folgendes hierelbst belegene Grundstücke werden im hiesigen Gerichtsloftale am 11. April d. J. subbstift: das Janas Schmidt'sche, das Joseph Kozyński'sche, und zwei der Wittwe Buszynska gehörige Parzellen. Ferner wird hierelbst am 1. Mai d. J. das den Joseph Kopla'schen Choleuten gehörige Grundstück Dalkow y sude Nr. 27 subbstift. Flächeninhalt 12 Hektar 86 Ar, Grundsteuer-Reinertrag 72,38 Thaler, Nutzungswert 15 Thaler. Außerdem werden im Laufe der nächsten Wochen in Schwarzwald, in Slinno und an anderen Orten des busker Kreises verschiedene Grundstücke subbstift werden.

S Wreschen, 5. März. [Kreislehrerkonferenz] Heute Vormittags 10 Uhr wurde unter dem Vorsteher des Kreislehrinspektors Heider die erste diesjährige Kreislehrerkonferenz abgehalten. Nachdem dieselbe mit Gesang und Gebet eröffnet worden, wurden die Schulprüfungsstage für diejenigen Schulen, welche unter der Lokalschulinspektion des hiesigen Kreislehrinspektors stehen, festgesetzt. Die Regierung hat den Schulen des hiesigen Kreises 75 Mark zur Bildung von fünf Schülerbibliotheken überwiesen. Nach einem längeren Vortrage des Kreislehrinspektors über die Methodik in den einzelnen Lehrfächern, erreichte die Konferenz um 3 Uhr Nachmittag ihr Ende, ein frugales Mittagbrot hielt die Lehrer noch längere Zeit beisammen.

△ Neutomischel, 6. März. [Feuer-Verlohnung] Am 25. v. Mts. früh ½ 3 Uhr wurden die Bewohner unseres Städtchens

abermaß durch Feuerlärm aus dem Schlafe geweckt. Die dem Eigentümer und Geschäftsführer Traugott Hensle zu Paprosch gehörige Bockwindmühle, in unmittelbarer Nähe der Stadt stehend, stand in hellen Flammen und brannte in kurzer Zeit total nieder. Große Mühe hatten die Löschmannschaften, das nur ca. 20 Meter von der brennenden Mühle entfernt stehende Brauereitablissement des Brauereibesitzers Morzynski, zumal die Windrichtung für die Gebäude sehr ungünstig war, zu retten. Den Anstrengungen der Rettungsmannschaften und der Tätigkeit der beiden hiesigen und der drei herbeigeeilten auswärtigen Spritzen gelang jedoch die Erhaltung der Brauerei. Allgemein wird bei diesem Brande böswillige Brandstiftung vermutet. — Am 15. Januar d. J. brannte, wie ich seiner Zeit mittheilt habe, die dem Mühlbesitzer Robert Gläser hierelbst gehörige hölzerne Windmühle ab. Von der Provinzial-Feuer-Sozietäts-Direktion zu Posen wird denjenigen, welcher den Urheber dieses Brandes so nachweist, daß derselbe gerichtlich bestraft werden kann, eine Belohnung bis zur Höhe von 300 Mark gesichert.

— **Obersiglio.** 7. März. [Polizeiverordnung, Feuerlösch-Ordnung, Wahl.] Mit dem 1. März d. J. ist für die Stadt Ober-Ösel eine neu, von der Regierung genehmigte Polizeiverordnung und Feuerlöschordnung in Kraft getreten. Zum Brandmeister wurde der Mühlbesitzer H. Fehner und zu dessen Stellvertreter der Ackerbürger W. Richter jun. ernannt. Die Kosten der Unterhaltung der Feuerlöschgerätschaften, sowie die Volks zu deren Aufbewahrung giebt die Kommune her. — Gestern fand in der hiesigen evangelischen Kirche unter sehr großer Bevölkerung die Pastorwahl statt bei derselben wurde der von Seiten der Regierung hier provisorisch eingesetzte Pfarrer Muzel einstimmig gewählt, welcher auch die Wahl annahm.

V. Witkowo, 5. März. [Das päpstliche Krönungsfest] ist in dem benachbarten Grenzorte Pöwitz in eigenhümlicher Weise gefeiert worden. An diesem Tage durchzogen Nachmittag Massen, gefolgt von einer großen Menschenmenge, das Städtchen, was eigentlich wohl mehr dem Prinzen Karneval, als dem Papstkrönungsgeschehen giebt. Abends fand auf Befehl des "Kurier Poznański" und des powidzer Kardinalen brillante Illumination und großes Festfeiern in der Nähe der Häuser statt. Die Zwischenpausen wurden von dem sehr zahlreichen versammelten Publikum mit Tumult und grobem Lärm ausgefüllt. Niech żyje polska! und die bekannten Begrüßungen gegen die Deutschen erschollen aus hundert alkoholgetränkten Köpfen. Auf die drei Gardesoldaten fiel von verschiedenen Seiten ein Hagel von Steinen, die beste Waffe der powidzer Ritter. Zum Schlusse wurden einige von den Tapfern eingesperrt, von denen heute einer per Transport nach Gniezen marschierte, und eine große Anzahl notirt, welche der gehörenden Strafe noch entgegenseht. Alles zur größeren Ehre Gottes und aus Liebe zum heiligen Vater.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Warschau-Posen Eisenbahn-Gesellschaft. Auf Dienstag, den 19. März, ist nunmehr eine Sitzung des Ausschusses zusammenberufen worden, deren hauptsächlich Gegenstand die Vorlage der Bilanzen und der Jahresabschlüsse überhaupt bildet. Was dem "Berl. Börsen-Courier" darüber geschrieben wird, läßt erkennen, daß sich diese Abschlüsse eher noch etwas günstiger gestaltet haben, als man dies bisher angenommen. Man ging bekanntlich bis jetzt von der Voraussetzung aus, daß die Dividende in minimo 4½ Proz. betragen werde. Nach den dem genannten Blatte gemachten Mittheilungen aber dürften über 4½ Proz. zur Vertheilung als Dividende für die Stammprioritäten disponibel sein, so daß es am Ende denkbar wäre, daß die Dividende auf noch etwas über 4½ Proz. festgesetzt werden könnte.

** Berlin, 6. März. Heute ist, wie bereits telegraphisch gemeldet, die Dividende der Deutschen Reichsbank pro 75 Pf. per Reichsbanknotenschein von 3000 M. gegen 188 M. Pf. pro 1876. Die Dividende ist somit eine Kleinigkeit höher, sie ist von 6½ p.C. auf 6½ p.C. gestiegen, da pro 1876 eine Superdividende von 48,75 M. zur Auszahlung gelangte, während pro 1877 eine Superdividende von 53,70 M. über die vorweg zu zahlende Dividende von 4½ p.C. = 135 M. per Anteilschein zur Auszahlung kommt. Nach dieser Ziffer zu urtheilen, hat sich der Reingewinn des Jahres 1877 wesentlich günstiger gestaltet, als im Jahre vorher, da man zu berücksichtigen hat, daß ziemlich bedeutende Verluste im Diskont-Geschäfte im vorigen Jahre eingetreten sind. Andererseits aber werden diese Verluste nicht sehr viel größer sein als diejenigen Einrichtungskosten, die im Jahre 1876 vorweg nach den Bestimmungen des Bankgesetzes vom Reingewinn ausgezehnt und getilgt werden mussten. Der mehr in Form von Superdividende zur Vertheilung gelangende Betrag von 4,95 M. auf jeden der 40,000 Anteilscheine beträgt auf das ganze Kapital 198,000 Mark. Da der gleiche Betrag des Gewinnüberschusses an das Reich abgeführt wird, so muß ein Reinerüberschuss von rot. 40,000 Mark nach Abhebung aller Verluste erzielt werden. Im vorigen Jahre betrug der nach Ausscheidung der auf Grund der Verpflichtungen der Preußischen Bank an den Staat zu zahlende Summe von 1865,730 M. überschließende Gewinn 10,285,000 Mark. Hiervon gelangten — und gelangten ebenfalls in diesem Jahre — 5,400,000 Mark als 4½-prozentige Binsen zur Vertheilung. Der Reservesfonds wurde pro 1876 mit 977,000 M. dotirt; er wird in diesem Jahre auf Grund der mehr zur Vertheilung gelangenden Superdividende mit über 1 Mill. M. zu dotiren sein. Das Reich erhält im vorigen Jahr 1,954,093 Mark, wird somit aus dem 1877er Geschäfts-Resultat rot. 2,150,000 M. als Gewinnanteil erhalten, da dieselbe Summe an die Reichsbanknotenbesitzer zur Vertheilung gelangt.

** Stettin, 7. März. Bei Beginn des heutigen 2. Termins zur Feststellung der Forderungen an die Rittergerichtliche Privatbank gab der Vorsteher, Kreisgerichtsrath von Mittelstaedt, eine allgemeine Uebericht über die Sachlage, aus welcher, wie die "Officier-Bla." schreibt, hervorgeht, daß die von der "Börsen-Ztg." verbreitete Nachricht, als seien die Verhältnisse ungünstiger, wie man zu Anfang angenommen, unbegründet ist. Im ersten Termine hatte man die Bassiva auf 21,000,000 Mark geschätzt, denen ca. 15,000,000 Mark realisbare Forderungen gegenüberstanden, also etwa 70 p.C. Die Bassiva haben sich nun allerdings höher gestellt, die Annahme derselben war auch eine unsichere, da man vorher nicht wissen konnte, wie weit die Wechsel, welche die Bank weiter begeben hatte, zurückkommen würden, dies müßte sich erst zur Verfallzeit herausstellen. An unzweifelhaften Forderungen an die Bank waren zum ersten Termine angemeldet 17,000,000 M., zum zweiten weiter 5,500,000 M., zusammen 22,500,000 M. Dem gegenüber ist es den Aktivis zu Gute gekommen, daß sie sehr befreit sind. Es sind jetzt 7,500,000 M. im Depositum, außerdem ist noch ein Überschuss von ca. 50,000 M. vorhanden, der als Betriebsfond dienen soll. Ferner sind 8½ Millionen M. noch sicher zu erwarten, also ergiebt die Wasse immer noch 70 Proz. — Eine erste Vertheilung der eingegangenen Gelder hatte man früher vielleicht für Juni in Aussicht genommen, doch hält man es jetzt für praktischer einen früheren Termin zu wählen, da der Eingang der Gelder, welche die Bank zu fordern hat, immer schwieriger wird, je mehr sich Geld im Depot ansammelt, es empfiehlt sich also, das Geld an die Gläubiger abzuführen, damit es vernachlässigt wird. Ein früherer Termin wie Anfang Mai hat jedoch nicht gewählt werden können, da noch ein Termin zur Nachprüfung von verfrühten Annahmen angesetzt werden muß, auch die Ausstellung des Vertheilungsplanes längere Zeit erfordert. Die Auszahlung wird wieder mehrere Wochen in Anspruch nehmen, da nur an den Depostaltagen, also zweimal in der Woche, gezahlt werden kann. Jeder Gläubiger bekommt eine Aufforderung zur Erhebung seines Betrages. Beijüglich der Höhe der Dividende ist man sich dahin einig geworden, daß, da der Bestand von ca. 7 Millionen Mark sein wird, davon 7,667,000 M., das heißt 33½ p.C. vertheilt werden sollen. Es ist diese Dividende nicht geringer wie früher in Aussicht genommen ist. Im ersten Termine ist eine Divis-

</

Grundstücken-Börse.

Berlin, 7. März Wind: NW. — Barometer: 28.1. — Thermometer: 5° R. — Witterung: Stürmisch.

Weizen lolo der 1000 Kilogramm M. 185—225 nach Qualität gef., der diesen Monat — bez., per April-Mai 203,5—202,5—203 bez., per Mai-Juni 204,5—204 bezahlt, per Juni-Juli 206—205,5 bez., per Juli-August — bez. — Roggen lolo per 1000 Kilogr. 135—147 M. nach Qualität gefordert, rüssischer 135—138 ab Bahn bezahlt, feuchter do. 131 do. russischer 140—146 do., per diesen Monat —, per April-Mai 145 bez., per Mai-Juni 143,5 bez., per Juni-Juli do., per Juni. — Gerste lolo per 1000 Kilogramm M. 130—200 nach Qualität gef. — Hafer lolo per 1000 Kilogramm 95—185 nach Qualität gef., osz. und westpreußischer 120—138 russischer 105—138, pommerischer 127 bis 128, gesetzlicher 125—137, galizischer —, böhmischer 127—138, feiner russischer 142—148 ab Bahn bez., per diesen Monat — bezahlt, per April-Mai 137 bezahlt, per Mai-Juni 140 Br., per Juni-Juli 142 Br. — Erbsen per 1000 Kilogramm Kutterware 155—195 nach Qualität, Butterware 136—153 nach Qualität — Kaps per 1000 Kilogramm — bez. — Kuhse — bez. — Letztl. lolo per 100 Kilogr. ohne Fäss 66,6 bez., mit Fäss — bez., per diesen Monat 66,5 bez., per März-April — bezahlt, per April-Mai 66,5—66,6 bezahlt, per Mai-Juni 66,6 bezahlt, per Juni-Juli — bezahlt, per Juli-August — bezahlt, per September-Oktober 64,7—64,6 bezahlt. — Petroleum (rafum.) (Standard white) per 100 Kilogr. zu 100 lolo 24,8 bez., per diesen Monat 24,2 bez., per Februar-März — bez., per März-April — bezahlt, per September-Oktober 26,3 bezahlt. — Spiritus per 100 Lit. & 100 cL = 10,00 vdt. ohne Fäss 51,6

Berlin, 7. März. Die Meldungen von außerhalb hatten recht fest und für die leitenden Papiere höher gelautet. Die Wiener Börse sandte nach seiner weniger festen Eröffnung, welche unter dem Einfluss von Gewinnnahmen stand, steigende Tendenzen und auch hier setzte die Course noch über der Höhe des gestrigen Schlusses ein. Die vorliegenden politischen Nachrichten lauteten überwiegend günstig und die Spekulation schien anfangs überhaupt von der Möglichkeit einer Beunruhigung abzusehen. Doch trat bald Realisationslust ein und nach einem kurzen Kampfe zwischen der Haussparte und der Contremine, deren Spekulationen sich allerdings immer noch in sehr

Kredits- u. Aktien-Börse.
Berlin, den 7. März 1878.
Preußische Kredits- und Geld-Courte.

Großol. Anleihe 4% 105 10 B
do. neue 1876 4 96,75 b3 G
Giro-Aktie 4 96,70 b3
Giro-Schild 4 92,90 b3
Kur. u. Min. Sch. 3 91,25 b3
Ob. Reichs-Obl. 4 101,50 b3
Berl. Stadt-Obl. 4 82,20 b3
do. do. 88,90 G
Stadt. Akt. 4 102,00 G
Böhmerprov. do. 4 102,75 G
Schloß. d. B. Kfm. 4 101,00 B

Fondsbriebe:

Deutsche 4 101,40 b3
do. 5 105,30 b3
Land. Central 4 95,20 b3
Kur. u. Neumärk. 3 85,25 b3
do. neue 3 84,25 b3
do. 5 95,30 b3
do. neue 4 102,10 b3
R. Brandg. Kred. 4 83,70 b3
Dipreußische 4 96,45 B
do. 4 101,90 b3
Hannoversche 4 95,20 b3
do. 4 102,10 b3 B

Polenische, neue 4 94,80 G
Schlesische 4 85,00 G
Schlesische 4 96,00 G
do. alte A. u. C. 4 94,90 G
do. neue A. u. C. 4 93,90 G
Wehr. ritterf. 4 83,60 b3
do. 4 95,75 G
do. 4 101,75 b3
do. II. Serie 4 105,0 b3
do. neue 4 101,40 G

Krediten abz. se: Kur. u. Neumärk. 4 95,60 b3
Pommersche 4 95,70 b3
Hannoversche 4 96,60 b3
Preußische 4 95,60 b3
Kurs. u. Westfäl. 4 98,30 b3 G
do. 4 96,10 b3 G
Schlesische 4 95,60 b3

Gouvernements Napoleon'sd'or do. 500 Br. Dollars 4,185 G Imperial 16,67 G do. 500 Gt. Fremde Banknot. do. einschl. Leipzig 81,25 b3 Ganzösl. Banknot. 170,80 b3 do. Silbergulden 222,75 b3

Zoll. Noten.

Deutsche Kredits. 4 100,50 b3
do. 100,10 b3 138,50 b3
Fond. Prich. 40th. 4 242,25 b3
do. Pr. A. v. 67 4 121,75 b3 G
do. 35% - Obligat. 4 134,40 B
do. Präm. Akt. 4 121,20 b3
Brüdw. 40th. 4 82,00 B
Grem. Akt. v. 1874 4 102 G
Hann.-Pr. A. 3 111,00 b3
Dörf. Pr. Akt. 4 117,20 b3
Wett. Pr. Pfdr. 4 107,60 b3
do. II. Abth. 5 106,00 b3
do. Pr. A. v. 1866 3 173,10 b3
Lübeck. Pr. -Akt. 4 163,50 b3
Westl. Eisenb. 3 18,25 G
Reininger Zoose. 4 105,00 b3
do. Pr. Pfdr. 4 94,25 B
Dresden. Zolle. 3 137,50 B
D.G.-C.-B.-Pf. 110 5 100,50 b3 G
do. do. 4 95,00 b3 G
Mün. Hyp.-Pf. 5 100,50 b3 G
Ried. Erder. -Pf. 5 94,50 b3 G
de. Hyp.-Pf. 5 94,55 b3 G
Fremd. B. 120 5 96,00 B
do. II. V. Pf. 110 5 88,00 b3

*) Wechsel-Course.

Amtsterd. 100 fl. 8 L. 168,50 b3
do. 100 fl. 2 D. 167,90 b3

London 1 £. 8 L. 20,405 b3

do. do. 3 M. 20,305 b3

Paris 100 Fr. 8 L. 81,15 b3

Big. Brpl. 100 £. 8 L. 81,15 b3

do. do. 100 £. 2 M. 186,50 b3

Wies. östl. Währ. 8 L. 170,65 b3

Wien östl. Währ. 2 M. 169,61 b3

Vened. 100 R. 3 M. 222,10 b3

do. 100 Rub. 3 M. 221,50 b3

Wartchau 100 R. 8 L. 222,15 b3

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für

Bechsl. 4, f. Lombard 5 pCt. Bank-

dienst in Amsterdam 3, Bremen —,

Brüssel 2 Frankfurta M. 4%, Ham-

burg — Leipzig — London 2, Paris 2,

Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- und Credit-Aktien.

Badische Bank. 4 103,00 b3 G

St. f. Rheinl. u. Westf. 4 33,75 G

St. f. Sprit. u. Prch. 4 44,75 B

Berliner Bankverein. fr. 39,00 G

do. Comm.-B. See. fr. 114,00 G

do. Handels-Ges. 4 68,70 b3 G

do. Kassen-Verein. 4 141,00 B

Breslauer-Dise. Br. 4 60,25 b3 G

Breslauer-Dise. Br. 4 60,25 b3 G

Böhmis. Ans.-Börs. 4 42,00 B

Böhmis. Ans.-Börs. 4 4